



Suffering in Silence

Zehn humanitäre Krisen,
die 2020 keine Schlagzeilen machten



care[®]



Die Fotos sind in Sambia entstanden, das Land ist 2020 auf Platz 10 der Liste vergessener Krisen. Während sich der Bericht auf die humanitäre Situation der Menschen in Krisen konzentriert, zeigen die Fotos Menschen, die ihr Leben selbst verbessern. Das Titelbild zeigt Mary Mwiche, eine Bäuerin. Seitdem Mary an einem Ernährungsprojekt von CARE teilgenommen hat, ernährt sie sich und ihre drei Enkelkinder wesentlich ausgewogener. Daniel Chanda (hier abgebildet) erklärt anderen Männern, wie wichtig es ist, Babys zu stillen und Aufgaben im Haushalt gerecht aufzuteilen. „Mich stört es nicht, ausgelacht zu werden“, berichtet er selbstbewusst.



Dr.ⁱⁿ Andrea Barschdorf-Hager,
Geschäftsführerin
CARE Österreich

Breaking the Silence

Dieser „Suffering in Silence“-Report berichtet über die humanitären Krisen, die 2020 von den globalen Medien am wenigsten Aufmerksamkeit erhalten haben.

Wir sehen uns mit einer steigenden Anzahl an Krisen, Konflikten und Katastrophen konfrontiert, sodass die Berichterstattung darüber in unserer schnelllebigen Zeit kaum noch Schritt halten kann. Dies gilt für uns als globale internationale Organisation oft in ähnlichem Ausmaß wie für die Medien. Hauptanliegen dieses heuer bereits zum 5. Mal veröffentlichten Reports ist es einmal im Jahr die mediale und öffentliche Aufmerksamkeit auf jene Länder und Regionen zu richten, die oft jahrelang mit den Folgen von anhaltenden Krisen zu kämpfen haben und dies weitestgehend unbemerkt von der Weltöffentlichkeit und damit auch von den globalen Medien tun. Dieser Report führt uns die Schicksale der betroffenen Menschen unmittelbar vor Augen und vermittelt, dass in unserer globalisierten Welt alle Regionen und ihre Bevölkerungen eng zusammenhängen, egal ob darüber berichtet wird oder nicht. Die meisten großen humanitären Fragen unserer Zeit brauchen globale Anstrengungen, globales Wissen und lokale Umsetzung. Dafür will uns der vorliegende Report sensibilisieren.

Denn die Millionen Menschen, deren Schicksal nicht im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit steht, dürfen nicht vergessen werden! Daher helfen wir ihnen gemeinsam mit CARE!



Mag. Alexander Schallenberg,
Bundesminister für
europäische und internationale
Angelegenheiten

Krisen nicht vergessen

Die COVID-19 Pandemie führt weltweit zu gravierenden Folgen für die Gesundheit, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen werden uns noch über Jahre hinweg beschäftigen. Noch nie zuvor war die gesamte Welt derselben Bedrohung ausgesetzt, aber gerade dieser globale Charakter führt uns zwei Dinge deutlich vor Augen. Zum einen werden wir erst wieder zur Normalität zurückkehren können, wenn COVID-19 überall auf der Welt besiegt ist. Zweitens sind Gesellschaften, die bereits durch andere Krisen geschwächt waren, von der Pandemie besonders hart getroffen, Fortschritte von Jahrzehnten sind durch die Folgen von COVID-19 gefährdet.

Erstmals seit über 30 Jahren leben in absoluten Zahlen wieder mehr Menschen in absoluter Armut als in den Jahren zuvor und mehr Menschen sind von Hunger bedroht. 2021 werden laut Vereinten Nationen mehr als 235 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen sein. Das sind um 67 Millionen mehr als im Vorjahr, das entspricht in etwa der Bevölkerung Frankreichs.

Österreich hat auf diese Entwicklungen rasch reagiert, den Auslandskatastrophenfonds für 2021 mit 52,5 Millionen Euro mehr als verdoppelt und die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf 125,1 Millionen Euro erhöht, um der humanitären Verpflichtung nachzukommen. Die humanitäre Hilfe Österreichs wird auch in den kommenden Jahren kontinuierlich steigen.

Einer der Schwerpunkte unserer humanitären Hilfe sind die sogenannten „vergessenen Krisen“, also jene Krisen, die nicht oder nicht mehr im Fokus der internationalen Berichterstattung stehen. Denn das Leid der Menschen verschwindet nicht, wenn die Kameras ausgeschaltet werden. CARE, ein langjähriger Partner Österreichs in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe, liefert mit seinem jährlichen Bericht „Suffering in Silence“ einen wichtigen Beitrag, um unsere Aufmerksamkeit auf jene zu lenken, die von der immer kurzlebigeren medialen Berichterstattung nicht mehr berücksichtigt werden. Dafür gilt mein besonderer Dank.

Einleitung

Das Jahr 2020 hat niemand so kommen sehen. COVID-19 traf jedes Land der Erde und stellte das Leben, wie wir es kannten, vollkommen auf den Kopf. Über eine Million Menschen starben bisher an der Viruserkrankung, die Wirtschaft geriet weltweit ins Stocken. Millionen von Menschen haben ihre Arbeitsplätze und damit ihre Lebensgrundlage verloren.

Als der Frühling kam, zogen die Black Lives Matter-Proteste durch die USA und fanden auf der ganzen Welt Widerhall – ein globaler Ruf nach Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität. Länder, die normalerweise keine internationale humanitäre Hilfe benötigen, offenbarten Schwachstellen. Wir erkannten, dass Krankheit, Tod und Verzweiflung nicht das Los einer sozialen Schicht, eines Landes oder Kontinents sind. Und wir lernten, dass wir voneinander abhängig und miteinander verbunden sind. Unser Leben und Wohlergehen sind mit dem Leben und Wohlergehen anderer verflochten.

Doch trotz dieser Umwälzungen sind einige Dinge im Jahr 2020 gleichgeblieben: Auch in seiner fünften Ausgabe beleuchtet *Suffering in Silence* diejenigen humanitären Krisen, über die weltweit am wenigsten berichtet wird. Die Stimmen von Millionen Menschen in diesen zehn Ländern bleiben international weitgehend ungehört. Über alle zehn Krisen in diesem Bericht wurde zusammengenommen weniger berichtet als über den Sänger Kanye West und seine Präsidentschaftskandidatur in den USA. Oder noch deutlicher: Die zehn Länder, von denen im Folgenden berichtet wird, erhielten 26 Mal weniger Aufmerksamkeit in Form von Online-Nachrichtenartikeln als die Veröffentlichung der PlayStation 5.

Seit dem Ausbruch der globalen Pandemie beherrschen Nachrichten über das Virus die Schlagzeilen. Als man die Auswirkungen auf die Gesundheitssysteme erkannt hatte, richteten die Nationen und ihre Medien ihr Augenmerk nach innen, auf den Schutz der Bevölkerung und die nationale Eindämmung des Virus. Aber wie uns das Jahr 2020 erneut bewiesen hat, kennen humanitäre Krisen keine Grenzen, keine Nationalitäten, keine Religionen. Für die Millionen Menschen in den zehn Krisen dieses Berichts ist COVID-19 schlicht eine zusätzliche Bedrohung, die zu ihrem Überlebenskampf hinzukommt. Konflikte, Gewalt und Missbrauch, die Klimakrise, tödliche Krankheiten wie Tuberkulose, Malaria und HIV, Nahrungsmittelknappheit und Zugang zu sauberem Wasser sind tägliche Realität.

Ende 2020 schätzten die Vereinten Nationen (UN), dass im Jahr 2021 mindestens 235,4 Millionen Menschen humanitäre Hilfe benötigen. Die Auswirkungen von COVID-19 in Verbindung mit dem voranschreitenden Klimawandel haben diese Zahl um 40 Prozent gesteigert. Dies ist der größte jemals in einem Jahr verzeichnete Anstieg. Dieses historische Ausmaß an menschlichem Leid geht einher mit einem deutlichen Rückgang der bilateralen Entwicklungsgelder, da sich die Regierungen in

Blinde Flecken

10 humanitäre Krisen, gelistet nach ihrer Nennung in Medien

Guatemala

2. 542 Artikel

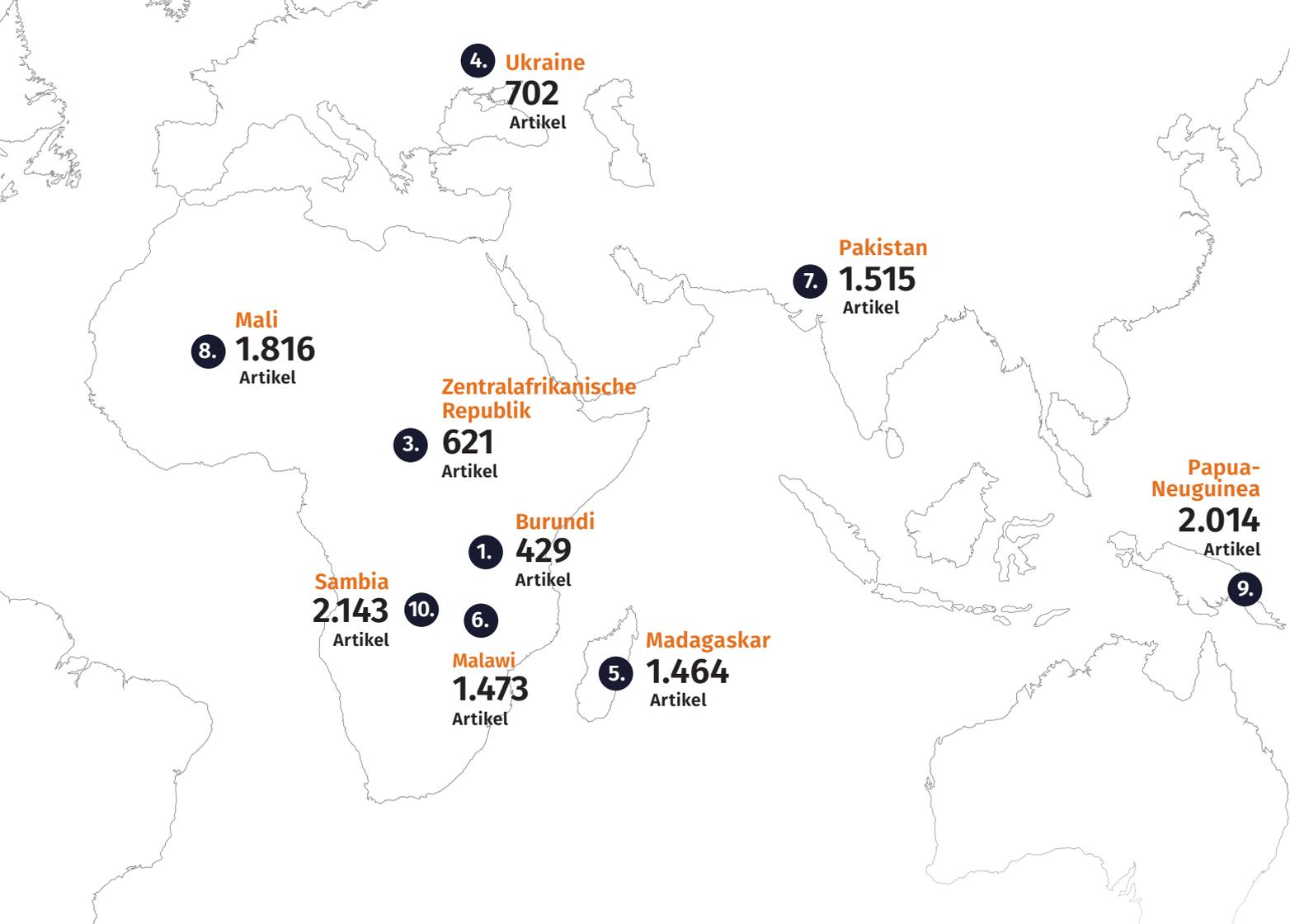
Im Vergleich ...

334.000 Artikel über den Launch der PlayStation 5

50.300 Artikel über den Eurovision Song Contest

39.900 Artikel über Kanye Wests Kandidatur als US-Präsident

Geberländern um die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen von COVID-19 in ihren eigenen Ländern kümmern müssen. Nach Angaben des Amtes der UN für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) vom Dezember 2020 wurde die humanitäre Hilfe für dieses Jahr nur zu 44,7 Prozent finanziert. Dies hat zur Folge, dass Menschen in fast 20 Ländern vom Hungertod bedroht sind. Für das Jahr 2021 werden schätzungsweise rund 29 Milliarden Euro Nothilfe benötigt. Solange man sich nicht um diese vernachlässigten Krisen kümmert, bleibt jedes Land der Erde verwundbar – denn niemand ist sicher, solange alle unsicher sind. UN-Generalsekretär Antonio Guterres sagte dazu: „Wir sind nur so stark wie das schwächste Gesundheitssystem in unserer vernetzten Welt.“



Um es deutlich zu sagen: Die ‚Stille‘, die der Titel dieses Berichtes anklagt, ist eine Stille der internationalen Medien und der Perspektive des Globalen Nordens. Und obwohl die Zahlen in diesem Bericht erschütternd sind, gibt es in jeder der Krisen unzählige Menschen, die helfen, anpacken und Hoffnung geben. Wir würdigen einige dieser Heldinnen und Helden in der Fotogeschichte aus Sambia, die diesen Bericht begleitet. Und wir ermutigen jede Leserin und jeden Leser, diese Geschichten weiter zu tragen und den Menschen damit Tribut zu zollen.

Methodik

In Zusammenarbeit mit dem Medienbeobachtungsdienst Meltwater analysierte CARE International diejenigen humanitären Krisen, die im Jahr 2020 die geringste Medienaufmerksamkeit erhielten. Im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. September 2020 wurden mehr als 1,2 Millionen Online-Artikel ausgewertet.

Dafür identifizierten wir jene Länder, in denen mindestens eine Million Menschen von Konflikten oder Naturkatastrophen betroffen waren. Wenn immer möglich haben wir mehrere Quellen benutzt, vor allem die, die sich in der Vergangenheit als besonders genau und aktuell erwiesen. Die Gesamtzahl der von jeder Krise betroffenen Menschen ergibt sich aus den Daten von ACAPS, Reliefweb und CARE. Das Ergebnis, eine Liste von 45 Krisen, wurde dann einer Medienanalyse unterzogen und nach der Anzahl der zum Thema publizierten Online-

Artikel geordnet. Dieser Bericht fasst die zehn am wenigsten beachteten Krisen zusammen. Die Medienanalyse stützt sich auf Online-Artikel in Arabisch, Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch. Natürlich kann der Bericht nur einen Trend in der Berichterstattung aufzeigen. Gleichwohl gibt er Aufschluss über die weltweite Aufmerksamkeit, die den Krisen in Online-Medien zukommt. Er soll dazu beitragen, dass Hilfsorganisationen, Medien, politische Entscheidungsträger und die betroffenen Gemeinschaften miteinander diskutieren, wie man gemeinsam die Wahrnehmung von Menschen in Not schärfen und ihnen Hilfe zukommen lassen kann.

Alle Fußnoten in diesem Bericht können hier abgerufen werden: www.care.at/suffering-in-silence/

Inhalt

Zehn humanitäre Krisen, die 2020 keine Schlagzeilen machten	6
Was können wir tun?	19
Unwrite the Silence – Journalistinnen und Journalisten erzählen	22



Mary Mwiche ist eine treibende Kraft bei der Bekämpfung von Unterernährung. Die 68-jährige Bäuerin aus Sambia brachte ihre Felder auf ein völlig neues Produktivitätsniveau, indem sie dürreresistentes Saatgut und neue Düngemethoden für den Anbau von Bohnen und Gemüse einsetzte. „Jetzt kann ich meine drei Enkelkinder mit einer Vielzahl von Lebensmitteln versorgen, um ihre und meine eigene Ernährung zu verbessern.“

Burundi ¹ Katastrophen und knappes Land

Nach Jahren politischer Unruhen und einem Machtwechsel kehrten viele ehemalige burundische Geflüchtete, die in Ruanda und Tansania im Exil lebten, in ihre Heimat zurück. Im Mai 2020 fanden in Burundi allgemeine Wahlen in einem relativ ruhigen Umfeld statt. Das war ein wichtiger Schritt zur Beendigung der sozio-politischen Krise, die das Land seit 2015 erfasst hat. Die Lage ist jedoch nach wie vor instabil, da wesentliche soziale und politische Herausforderungen für Frieden und Stabilität nicht angegangen werden. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) geht davon aus, dass im Jahr 2020 mindestens 50.000 burundische Geflüchtete in ihre Heimat zurückkehren. Doch die fünftärmste Nation der Welt hat es schwer, Rückkehrer aufzunehmen: Burundi ist eines der am dichtesten besiedelten Länder im subsaharischen Afrika. Als ressourcenarmes Land mit einem unterentwickelten Fertigungssektor ist Burundis Wirtschaft überwiegend landwirtschaftlich geprägt. Über 90 Prozent der Bevölkerung sind von der kleinbäuerlichen Subsistenzlandwirtschaft abhängig.



Nr. 5

der ärmsten Länder weltweit

2,3

Millionen Menschen in Burundi sind auf humanitäre Hilfe angewiesen

Extreme Witterungsbedingungen und Naturkatastrophen kombiniert mit politischer Instabilität haben seit 2015 über 135.000 Menschen innerhalb der Grenzen Burundis entwurzelt (von dieser Zahl wurden 83 Prozent durch Naturkatastrophen vertrieben). Vertreibung, hohe Bevölkerungsdichte, zahlreiche Rückkehrer und fast 80.000 Geflüchtete aus der Demokratischen Republik Kongo (DRC) führen zu Konkurrenz um Landflächen. Infolgedessen werden die ärmsten und verwundbarsten Gruppen der Bevölkerung, hauptsächlich Frauen, auf wenig ertragreiches Land gedrängt.

Aufgrund der Tatsache, dass Burundi auf große Krisen schlecht vorbereitet und für wiederkehrende dramatische Ereignisse wie Überschwemmungen, Dürren, Epidemien und politische Unruhen nicht gerüstet ist, weist das Land den höchsten Wert an chronischer Unterernährung in der Welt auf. Vor COVID-19, im Jahr 2016/2017, waren durchschnittlich 56 Prozent aller Kinder unterentwickelt.

Im Jahr 2020 haben Erdbeben und Überschwemmungen, die durch sintflutartige Regenfälle verursacht wurden, die Lebensgrundlagen der ärmsten Menschen in Burundi zerstört und zu intensivem Hunger geführt. Im Dezember 2020 benötigten über 2,3 Millionen Burundier humanitäre Hilfe.

Die globale Pandemie hat den Handel, insbesondere den informellen Handel, in Grenzgebieten und städtischen Zentren reduziert und grenzüberschreitende Bewegungen eingeschränkt. Dies führte etwa zum Verlust von Arbeitsplätzen und zum Ausfall von Geldüberweisungen in ländliche Gebiete, die üblicherweise landwirtschaftliche Produktion und andere kommerzielle Aktivitäten finanzieren. Malariaepidemien und das Risiko, dass Ebola aus dem benachbarten Kongo ins Land gelangt, verstärken die bereits prekäre Situation.

Wie in allen Notsituationen tragen Frauen und Mädchen auch in Burundi die meiste Last. Sie übernehmen nicht nur zusätzliche finanzielle und häusliche Pflichten, sondern viele von ihnen leiden auch unter täglicher Gewalt und Unsicherheit. Vor COVID-19 spielten Frauen eine sehr wichtige Rolle in der burundischen Volkswirtschaft, denn sie stellen über 55 Prozent der Erwerbstätigen, wobei die Mehrheit im Agrarsektor tätig ist.

CARE Burundi hat ein Programm zur Stärkung der Rolle der Frau entwickelt, das sich vor allem auf ländliche Gebiete konzentriert, aber auch eine landesweite Plattform für Frauenrechte umfasst. Darüber hinaus veranstaltet CARE Jugendprogramme zur Verbesserung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit sowie zur Stärkung der wirtschaftlichen Selbstbestimmung und der Gleichstellung der Geschlechter. CARE unterstützt lokal ausgerichtete Innovationen im Kampf gegen COVID-19 und fördert Initiativen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und Ungleichheiten.

10

Millionen Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze



Unter den 10 anfälligsten Ländern für Naturkatastrophen



2

Guatemala Fahren der Verzweiflung

In Guatemala schwenken ganze Gemeinden die weiße Flagge. Seit April 2020 haben Tausende von Guatemalteken im Land begonnen, weiße Fahnen in den Straßen und aus ihren Fenstern zu hissen, um zu zeigen, dass sie Hunger leiden. Für die 10 Millionen Menschen im Land, die unterhalb der Armutsgrenze leben, hat COVID-19 eine ernste Nahrungsmittelkrise noch verschlimmert.

Als die Pandemie ausbrach, schätzte man, dass etwa 3,3 Millionen Menschen von einer Gesamtbevölkerung von 14,9 Millionen auf humanitäre Hilfe angewiesen waren. Chronische Armut und mehrere aufeinander folgende Dürrejahre ließen die Ernährungsunsicherheit ansteigen, insbesondere entlang des sogenannten Trockenkorridors, einer tropischen Trockenwaldregion an der Pazifikküste Zentralamerikas, zu der auch Guatemala gehört. Laut Weltrisikobericht 2019 zählt Guatemala zu den zehn Ländern, die für Naturgefahren am anfälligsten sind. Seit 2015 haben lang anhaltende Dürren und sintflutartige

Regenfälle das Land heimgesucht und zu wiederholten Ernteausfällen und Viehsterben geführt. Jüngst wüteten auch zwei Wirbelstürme der Kategorie vier kurz hintereinander im Land: Von Eta und Iota waren in Guatemala mehr als zwei Millionen Menschen betroffen.

Guatemala, das von der Weltbank als Land mit mittlerem Einkommen betrachtet wird, hatte in den letzten fünf Jahren ein anhaltendes, moderates Wachstum. Diese wirtschaftliche Stabilität hat jedoch die Armut und Ungleichheit nicht wesentlich verringert. Schon vor COVID-19 hatte Guatemala die sechsthöchste Rate an chronischer Unterernährung in der Welt, wobei fast die Hälfte aller guatemaltekischen Kinder vom Risiko der Unterentwicklung bedroht waren. Besorgniserregend ist auch die nationale Müttersterblichkeitsrate, die vor COVID-19 bei 108 Todesfällen pro 100.000 Lebendgeburten lag. Etwa 35 von 1.000 in Guatemala geborenen Kindern sterben vor dem fünften Lebensjahr.

Im April 2020 warnten die UN davor, dass die COVID-19-Beschränkungen den saisonal auftretenden Hunger im Osten Guatemalas verschlimmern würden. Viele Familien verloren ihr gesamtes Einkommen. Die meisten Menschen arbeiten im informellen Sektor ohne jeglichen sozialen Schutz. Ein Rückgang der finanziellen Unterstützung von Verwandten, die im Ausland arbeiten, ist daher für viele Familien ein zusätzlicher Schlag. Überweisungen aus dem Ausland sind besonders für Frauen, die 69 Prozent der Empfängerinnen ausmachen, überlebenswichtig. In ihrer Verzweiflung suchen Migrantinnen und Migranten trotz der Pandemie und trotz eines US-amerikanischen Gesetzes, das ihnen faktisch die Einreise verwehrt, weiterhin den Weg in die USA. Die weit verbreitete Armut sowie hohe Mordraten aufgrund von Bandengewalt und Korruption haben während der Pandemie nicht nachgelassen. Trotz der COVID-19-bedingten Blockaden wird berichtet, dass kriminelle Gruppen die Abschottung nutzen, um ihre Kontrolle zu verstärken und Erpressung, Drogenhandel und Gewalt zu intensivieren. Auch die Gewalt gegen Frauen und Mädchen hat während der Pandemie zugenommen. Zwischen Januar und Oktober 2020 wurden 319 Frauen getötet und über 5.600 Fälle von sexueller Gewalt gemeldet.

In Guatemala haben sich lokale Frauengruppen und Hilfsorganisationen zusammengetan, um bedürftige Familien zu unterstützen. Diese Aktionen kamen insbesondere Afro-Guatemaltekern und indigenen Gemeinschaften sowie Arbeiterinnen und Arbeitern zugute, die besonders unter den Maßnahmen zur sozialen Isolation litten.

CARE Guatemala setzt COVID-19-Hilfsprojekte um und leistet Unterstützung in den Bereichen Ernährungssicherheit, Wirtschaft und geschlechtsspezifische Gewalt. Zusammen mit Partnern wie Movimiento de Mujeres Tz'ununija hilft CARE auch den von den Tropenstürmen betroffenen Gemeinden mit Nahrungsmitteln, Wasser und Hygieneartikeln zum Schutz vor COVID-19.



Zentralafrikanische Republik

Von der Welt vergessen

3

2020 war ein Meilenstein für die Zentralafrikanische Republik (ZAR): 60 Jahre Unabhängigkeit. Dies war jedoch kaum ein Grund zum Feiern. Dieses dünn besiedelte Land mit 4,9 Millionen Menschen befindet sich nach wie vor in einer der größten und schlimmsten humanitären Krisen der Welt.

Trotz bedeutender Mineralvorkommen sowie fruchtbaren Ackerlandes steht die ZAR auf dem Human Development Index 2019 an vorletzter Stelle. Vor COVID-19 lebten mehr als 71 Prozent der Bevölkerung unter der internationalen Armutsgrenze von umgerechnet 1,60 Euro pro Tag. Im Land fehlt es an grundlegender Versorgung, und in vielen Gebieten sind die Menschen vollständig von humanitärer Hilfe abhängig.

Die von jahrzehntelangen bewaffneten Konflikten, grassierender Armut, einer nicht enden wollenden Flut von Naturkatastrophen und der COVID-19-Pandemie heimgesuchte ZAR steht vor unzähligen Herausforderungen. In den letzten fünf Jahren gab es noch nie so viele Zentralafrikaner in humanitärer Not wie heute. Die UN warnen, dass im Jahr 2021 2,8 Millionen Zentralafrikaner, mehr als die Hälfte der Bevölkerung, humanitäre Hilfe und Schutz benötigen werden.



Ausgewogene Ernährung: Mary Mwiche aus Sambia kennt sich aus.

Seit 2012 befindet sich das Land im Bürgerkrieg. Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung, darunter Attentate, Folter und Vergewaltigungen. Die humanitäre Lage wird durch schlechte Regierungsführung, Armut und Ressourcenplünderung weiter beeinträchtigt. Im Februar 2019 unterzeichneten die Regierung und 14 bewaffnete Gruppen unter der Schirmherrschaft der Afrikanischen Union ein historisches Friedensabkommen, um den bewaffneten Konflikten ein Ende zu setzen. Trotzdem geht die Gewalt weiter, auch mit Angriffen auf UN-Friedenstruppen und Zivilisten.

Der Konflikt zwingt viele Familien dazu, ihre Landwirtschaft aufzugeben. Einer von vier Menschen wurde entweder innerhalb des Landes oder in ein Nachbarland vertrieben, und die Zahl der Rückkehrenden ist gesunken. Diese Vertreibungen, kombiniert mit geringem Niederschlag während der Pflanzsaison, Schädlingsbefall und einer Heuschreckenplage, haben 1,93 Millionen Menschen an den Rand einer Hungersnot gebracht. Darüber hinaus haben die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus und Grenzkontrollen für Importe aus Kamerun zu Versorgungsengpässen auf den lokalen Märkten geführt. Die Preise für Grundnahrungsmittel wie Reis und Öl stiegen in der Folge stark an.

Die Pandemie verschlechtert auch die Sicherheit von Frauen und Mädchen. Vor dem Auftreten von COVID-19 gingen stündlich Berichte über Gewalt gegen Frauen und Mädchen über ein nationales Warnsystem ein, das bisher 42 Prozent aller Haushalte in der ZAR abdeckte. Seitdem nun viele Menschen gezwungen sind, sich zu isolieren, hat sich die Zahl der Meldungen fast verdoppelt. Auch Kinder sind nach wie vor einem hohen Missbrauchsrisiko ausgesetzt. Ein Viertel aller Familien befürchtet, dass ihre Kinder sexualisierter Gewalt, Zwangsarbeit oder der Rekrutierung durch bewaffnete Gruppen zum Opfer fallen könnten. Die ZAR ist auch eines der gefährlichsten Länder der Welt für humanitäre Helferinnen und Helfer. Im Durchschnitt wurde zwischen Januar und Ende September 2020 mehr als ein Vorfall pro Tag verzeichnet. Zwei Helfer wurden getötet und 21 verletzt.

Der Gewalt überdrüssig, kommen Frauengruppen im ganzen Land zusammen, um Frieden und Fortschritt auf Gemeindeebene zu erreichen. Eine Gruppe namens Femme Debut (Die aufrechte Frau) bringt Frauen aller religiösen und ethnischen Hintergründe zusammen. Die Gruppe fördert Unternehmertum und Unabhängigkeit, indem sie den Mitgliedern hilft, sich eine Existenzgrundlage und ein neues Leben aufzubauen.

1/4 der Bevölkerung wurde im Land vertrieben



Die Zivilbevölkerung bleibt in diesem Konflikt ohne Schutz und Versorgung zurück. Viele jüngere und arbeitsfähige Menschen sind in andere Teile des Landes abgewandert. Ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen machen 30 Prozent der in den Konfliktgebieten lebenden Bevölkerung aus. 70.000 Menschen leben in von der Regierung kontrollierten Siedlungen und sind aufgrund der unsicheren Lage und der Schäden an der Straßeninfrastruktur isoliert und für lebenswichtige Dienstleistungen wie mobile medizinische Versorgung auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Angst vor Granatenangriffen, gewalttätige Zusammenstöße und die Bedrohung durch Landminen sind tägliche Realität für jene Menschen, die auf beiden Seiten der ‚Kontaktlinie‘ leben. Viele von ihnen leiden zunehmend unter psychischen Problemen, sowohl aus Angst vor Gewalt als auch aufgrund der langfristigen sozioökonomischen Auswirkungen des Konflikts. Durch die COVID-19-Pandemie wurde die Situation verschärft. Menschen können nur noch eingeschränkt die ‚Kontaktlinie‘ überqueren und haben kaum Zugang zu Basisdienstleistungen, Märkten und humanitärer Hilfe, auf die sie dringend angewiesen sind.

Ende September verschärften Waldbrände, die eine Woche lang in den von der Regierung kontrollierten Gebieten der Oblast Luhanska wüteten, die ohnehin schon prekäre Lage. Über 32 Siedlungen entlang der ‚Kontaktlinie‘ waren betroffen. Etwa 500 Häuser gingen in Flammen auf, neun Menschen wurden getötet und 19 verletzt. Es wird befürchtet, dass diejenigen, die ihre Häuser verloren haben, den Winter in provisorischen Unterkünften verbringen müssen.

Geschlechtsspezifische Gewalt ist in der Ukraine ein großes Problem: Etwa drei Viertel der ukrainischen Frauen haben seit ihrem 15. Lebensjahr Gewalt erfahren. Nach Angaben des UN-Bevölkerungsprogramms UNFPA verschlechterte sich die Situation während der Pandemie noch weiter. Bei der nationalen Hotline für häusliche Gewalt gingen im zweiten Monat seit Beginn der Quarantäne 72 Prozent mehr Anrufe ein als zuvor. Die ukrainische Regierung hat sich verpflichtet, Programme zu unterstützen, die Überlebenden von Gewalt helfen und sie schützen. Während der Pandemie sind viele dieser Dienste auf neue Plattformen ausgewichen. Zum Beispiel können Gewaltüberlebende nun über mobile Apps und andere anonyme Kanäle Hilfe erhalten.

4

Ukraine

Ältere Menschen auf sich allein gestellt

Mitte 2020 machten Videos von Neugeborenen, die in einem ukrainischen Hotel ‚gestrandet‘ waren, weltweit Schlagzeilen. Die Babys waren Kinder ausländischer Paare, die von ukrainischen Leihmüttern geboren wurden. Sie konnten wegen des COVID-19-Lockdowns nicht zu ihren Eltern kommen. Die Ukraine ist eines der ärmsten Länder Europas. Während diese Geschichte die Notlage verarmter ukrainischer Frauen hervorhob, die bereit waren, gegen Bezahlung Kinder auszutragen, wurde die humanitäre Krise im östlichen Teil des Landes, von der mehr als fünf Millionen Menschen betroffen sind, 2020 weitgehend ignoriert.

Schon vor COVID-19 schätzten die UN, dass 3,4 Millionen Menschen in der Region Donbas im Jahr 2020 humanitäre Hilfe benötigen würden. Die COVID-19-Pandemie hat die Herausforderungen für die betroffene Bevölkerung nur noch vergrößert. Besonders schlimm ist die Lage entlang der ‚Kontaktlinie‘, die das von der ukrainischen Regierung kontrollierte Land von den von Separatisten verwalteten Gebieten trennt. Trotz wiederholter Waffenstillstandsvereinbarungen wird zivile Infrastruktur wie Wasser- und Stromversorgung häufig beschädigt. Die mehr als 420 Kilometer lange ‚Kontaktlinie‘ – das entspricht der Länge der deutsch-französischen Grenze – ist eines der am stärksten mit Minen verseuchten Gebiete der Welt.

Eines der ärmsten Länder Europas

3,4 Millionen Menschen benötigen humanitäre Hilfe



5

Madagaskar

An vorderster Front der Klimakrise

Geologen gehen davon aus, dass Madagaskar vor 165 Millionen Jahren noch mit Afrika verbunden war und dann nach und nach vom Kontinent abdriftete. Infolgedessen entwickelte es sich in Isolation, wie seine einzigartige Fauna und Flora belegen. Die Insel im Indischen Ozean steht bereits das dritte Jahr in Folge auf der Liste von Suffering in Silence.

Jedes Jahr sind Tausende Menschen in Madagaskar von Naturkatastrophen und Missernten betroffen, doch über ihre Situation wird in den internationalen Medien nur selten berichtet. Drei Viertel der Bevölkerung, rund 20 Millionen Menschen, leben unter der Armutsgrenze.

Madagaskar ist mit einem Reichtum an natürlichen Ressourcen, landwirtschaftlichen Produkten und einer Tourismusindustrie gesegnet, die von der einzigartigen Biodiversität der Insel lebt. Über 90 Prozent der Tierwelt findet man nirgendwo sonst auf der Welt. Das Land ist jedoch auch stark vom Klimawandel betroffen. Es leidet unter wiederkehrenden, lang anhaltenden Dürreperioden und rund 1,5 Zyklonen pro Jahr – der höchsten Rate in Afrika. Schätzungsweise ein Fünftel der Bevölkerung – rund fünf Millionen Menschen – sind direkt davon betroffen. Darüber hinaus wird Madagaskar aufgrund seiner niedrigen Impfraten und der schlechten sanitären und hygienischen Verhältnisse regelmäßig von Epidemien heimgesucht. Malaria sowie Beulen- und Lungenpest sind im Land weit verbreitet.

Allein im Jahr 2020 gab es eine Vielzahl an Krisen: COVID-19 im ganzen Land, Überschwemmungen in 13 Distrikten, bei denen 35 Menschen starben, Malaria in den südlichen Regionen, die 398 Menschenleben forderte, Denguefieber im zentralen Westen und eine schwere Dürre im Süden. Während die Masern-epidemie von 2019 weitgehend unter Kontrolle ist, bleibt die Wahrscheinlichkeit einer neuerlichen Epidemie hoch.

Im Süden des Landes haben die Auswirkungen der anhaltenden Dürre und COVID-19 die Ernährungsunsicherheit verschlimmert, sodass fast 120.000 Kinder unter fünf Jahren von akuter Unterernährung und fast 20.000 vom Hungertod bedroht sind. Vor der Pandemie herrschte unter madagassischen Kindern die vierthöchste Rate an chronischer Mangelernährung weltweit, fast jedes zweite Kind unter fünf Jahren litt unter Unterernährung. Die Müttersterblichkeit zählt zu den höchsten der Welt, und was den Zugang zu sauberem Trinkwasser betrifft, gehört Madagaskar zu den vier am wenigsten entwickelten Ländern des afrikanischen Kontinents. Aufgrund der Auswirkungen der Pandemie ist es unwahrscheinlich, dass Madagaskar von der UN-Liste der am wenigsten entwickelten Länder gestrichen wird. Da Handel und Tourismus durch die COVID-19-Krise stark beeinträchtigt wurden, wird erwartet, dass das Wirtschaftswachstum sinkt.

In Madagaskar unterstützt CARE die Bevölkerung in mehreren Regionen des Landes vor und nach Naturkatastrophen. Parallel dazu setzt sich CARE zusammen mit seinem lokalen Partner SAF/FJKM dafür ein, dass innovative Finanzierungs- und Versicherungslösungen gegen Klimarisiken und Katastrophen zum Nutzen der Menschen entstehen. Um den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zu begegnen, unterstützt CARE öffentliche Dienstleistungen und hilft den am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen durch ein Geldtransferprogramm, die Instandhaltung von Infrastruktur in Gesundheitszentren sowie Zugang zu Wasser und Hygieneschulungen, vor allem für Schulkinder. CARE leistet auch Nothilfe für Gemeinden, die Anfang des Jahres von Überschwemmungen heimgesucht wurden und unterstützt die Betroffenen beim Bau oder der Reparatur ihrer Häuser und bei der Wiederaufnahme landwirtschaftlicher Tätigkeiten.

≈ 50%

Fast die Hälfte der Kinder leidet unter Verzögerungen des Wachstums

Malawi

6

Mehr Selbstmorde und Frühehen

In dem kleinen Land im südlichen Afrika wächst die Besorgnis über die steigende Zahl der Suizide. Naturkatastrophen, Schädlingsbefall, extreme Armut und COVID-19 setzen die Bevölkerung unter Druck. Nach Berichten der malawischen Polizei ist die Selbstmordrate im Jahr 2020 stark angestiegen (um 57 Prozent).

Die UN schätzt, dass 8,3 Millionen Malawier in Folge der COVID-19-Pandemie humanitäre Hilfe benötigen. In diesem Land, das zu den am dichtesten besiedelten Afrikas gehört, leben sieben von zehn Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Da etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung unter 18 Jahre alt ist, hat Malawi mit nur 264 Euro auch eines der niedrigsten Pro-Kopf-Bruttosozialeinkommen der Welt. Seine Wirtschaft, die stark



von der regenabhängigen Landwirtschaft bestimmt wird, ist extrem anfällig. Im März 2019 überschwemmte Zyklon Idai weite Teile des Ackerlandes in Malawi, noch immer kämpfen die Menschen in betroffenen Gebieten mit den Folgen. In den letzten Jahren erreichte Fortschritte bei der Bekämpfung von akuter Unterernährung drohen zunichte gemacht zu werden. Der von 4,1 Prozent im Jahr 2016 auf weniger als ein Prozent im Jahr 2019 gesenkte Anteil akut unterernährter Menschen wird angesichts von unterbrochenen Lieferketten und Versorgungsengpässen wieder steigen.



Männersache in Sambia: Der 27-jährige Emmanuel Mwamba lebt Gleichberechtigung. Wasser holen, bügeln und anderen Männern erklären, warum Stillen so wichtig ist – er bricht mit traditionellen Geschlechterrollen und trägt zum positiven Wandel bei.

Das Welternährungsprogramm (WFP) schätzt, dass im November 2020 etwa 2,6 Millionen Malawier Nahrungsmittelhilfe benötigen. Verschärft wird die Situation noch durch die hohe HIV/AIDS-Infektionsrate (9,6 Prozent), die niedrige Grundschulabschlussrate (51 Prozent), die hohe Anzahl unterentwickelter Kinder (37 Prozent der Kinder unter fünf Jahren) und durch die mehr als 75.000 Flüchtlinge aus der Demokratischen Republik Kongo und anderen Nachbarländern.

Die Schließung der Schulen während des Lockdowns hat zu einem Anstieg von Frühheirat geführt. Zwischen März und Juli 2020 kam es zu 13.000 Fällen von Frühheirat und über 40.000 Teenagerschwangerschaften. Das entspricht einem Anstieg von 11 Prozent bei Schwangerschaften von Minderjährigen seit 2019.

In Malawi bietet CARE Schulungen zu geschlechtsspezifischer Gewalt an, versorgt Einrichtungen zur Unterstützung von Überlebenden mit Matratzen und Bettzeug und stattet das Personal mit COVID-19-Schutzausrüstung wie Masken und Hygieneartikel aus.

CARE setzt sich für die Beteiligung von Frauen in Entscheidungsgremien bei der Bekämpfung der Pandemie ein. Um Frauen und Jugendliche wirtschaftlich zu stärken, unterstützt CARE Kleinspargruppen. Während der Pandemie arbeiten Mitglieder der Kleinspargruppen und CARE zusammen, um die Bevölkerung umfassend über COVID-19 zu informieren.

2,6

Millionen Menschen brauchen Nahrungsmittelhilfe



Mehr Frühhehen und Missbrauchsfälle: Seit 2019 wurden 11 Prozent mehr Schwangerschaften von Minderjährigen verzeichnet.

7

Pakistan

Gewalt, Armut und Naturkatastrophen



In Pakistan, dem Land mit der fünftgrößten Bevölkerungszahl der Welt, leiden die Menschen unter Vertreibungen aufgrund von Konflikten, den Auswirkungen des Klimawandels und weit verbreiteter Armut. Das Land ist sehr anfällig für Überschwemmungen, Lawinen und Erdbeben. Jedes Jahr sind mindestens drei Millionen Menschen von Naturkatastrophen betroffen. Eine schwache Infrastruktur, schlechte Warnsysteme und unwegsames Gelände verschlimmern die Schäden und erschweren die humanitäre Hilfe.

Im Jahr 2020 kämpfte das Land gegen COVID-19, eine Heuschreckenplage und ein noch nie dagewesenes Ausmaß an Überschwemmungen in den Städten. Zum ersten Mal seit sechs Jahren war die Regierung gezwungen, Weizen zu importieren. Doch als der Monsunregen im August weite Teile des Landes überflutete, darunter Karatschi, die bevölkerungsreichste Stadt und das Wirtschaftszentrum Pakistans, wurden Ernten und Existenzgrundlagen erneut zerstört. Über 400 Menschen kamen durch die Überschwemmungen ums Leben, rund 68.000 Menschen verloren ihr Zuhause.

Die Provinzen Belutschistan und Sindh sind besonders anfällig für Dürren, Überschwemmungen, Wirbelstürme und Heuschreckenplagen. Sindh hat die höchste Armutsrate im Land. Die bei den extremen Überschwemmungen des Jahres 2020 entstandenen Ausfälle durch vernichtete Ernten und verendetes Vieh werden erst in vielen Jahren wieder ausgeglichen werden können. Diese dreifache Katastrophe hat dazu geführt, dass etwa 6,7 Millionen Menschen auf Nahrungsmittelhilfe und Zuschüsse für die landwirtschaftliche Produktion angewiesen sind. Eine gemeinsame Analyse des Welternährungsprogramms (WFP) und der Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO), die während der Pandemie durchgeführt wurde, ergab, dass 25 Prozent der pakistanischen Haushalte – das sind rund 49 Millionen Menschen – von Ernährungsunsicherheit betroffen sind.

Zehn Prozent (21 Millionen Menschen) benötigen dringend Nahrungsmittelhilfe. Schon vor COVID-19 war Unterernährung in ganz Pakistan weit verbreitet, vier von zehn pakistanischen Kindern unter fünf Jahren litten daran.

Für Menschen, die in Konfliktgebieten leben, wird die Ernährungsunsicherheit durch Armut und ein überlastetes Gesundheitssystem noch verstärkt. Gleichzeitig leben fast 1,4 Millionen afghanische Geflüchtete im Land, was den Druck auf die bereits überlastete öffentliche Infrastruktur, etwa Schulen und Krankenhäuser, noch erhöht. Im Jahr 2019 wurde im Distrikt Larkana ein Ausbruch von HIV/AIDS festgestellt. Laut dem Bevölkerungsfonds der UN (UNFPA) fehlen Pakistan ausreichend antiretrovirale Medikamente, weshalb die weitere Verbreitung der Krankheit eine dauerhafte Gefahr darstellt.

Vor COVID-19 gehörte Pakistan laut Weltbank zu den fünf am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften Asiens. Doch die Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19, die einen partiellen Lockdown und die Schließung vieler Unternehmen umfassten, haben zu einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts Pakistans geführt. Die Pandemie vergrößert auch die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern im Land und weckt die Sorge, dass einige der Errungenschaften, für die Frauen gekämpft haben, verloren gehen werden. Vor COVID-19 rangierte Pakistan auf dem Index der Geschlechterungleichheit auf Platz 136 von 162. Vielen pakistanischen Frauen fehlt der Zugang zur Gesundheitsversorgung, zur Durchsetzung von Rechten und zu sozialer Unterstützung. Und obwohl Pakistan Gesetze gegen geschlechtsspezifische Gewalt erlassen hat, steht die Umsetzung noch aus. Mehr als ein Viertel der pakistanischen Frauen hat eine Form körperlicher oder sexueller Gewalt erlebt.

CARE und seine lokalen Partner haben bereits auf die Heuschreckenplage in der Provinz Belutschistan reagiert. CARE hat auch die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie unterstützt und Wasser- und Sanitäreinrichtungen verbessert. In der Stadt Peshawar und in weiteren Bezirken wurden über 40.000 Menschen mit Radiobotschaften zur Krankheitsprävention erreicht. In der Provinz Khyber Pakhtunkhwa versorgte CARE über 13.000 Menschen mit Nahrungsmitteln und Hygiene-Kits. Die Programme von CARE Pakistan kümmern sich um Gesundheitsversorgung, sanitäre Einrichtungen und sauberes Wasser für gefährdete Bevölkerungsgruppen. Außerdem hilft CARE bei der Vorbereitung auf Katastrophen und ist bei Bedarf im Nothilfeinsatz.



Mali

8

Gewalt und COVID-19 schüren humanitäre Krise

Das westafrikanische Land Mali befindet sich in einer Krise. Schon vor der Pandemie hatten Jahre des Konflikts, der Unsicherheit und schlechter Regierungsführung gepaart mit extremen Wetterereignissen und Naturkatastrophen in diesem riesigen Land im Sahel Spuren hinterlassen.

Vor acht Jahren begann im Norden Malis ein Aufstand, der sich inzwischen auf das Zentrum des Landes ausgedehnt hat. Auch die Nachbarstaaten Burkina Faso und Niger geraten zunehmend unter Druck.

Gewalt, Naturkatastrophen und weit verbreitete Armut haben dazu geführt, dass in diesen drei Ländern eine Rekordzahl von 13,4 Millionen Menschen dringend humanitäre Hilfe benötigt. Rund 7,4 Millionen von ihnen droht der Hungertod, über 1,6 Millionen wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Durch die Pandemie hat sich die humanitäre Lage noch weiter zugespitzt.

Vor COVID-19 lebte fast die Hälfte der Menschen in extremer Armut. Im Human Development Index 2019 belegte Mali Platz 184 von 189 Ländern. Die Sicherheitslage, die für den wirtschaftlichen Aufschwung und die Armutsbekämpfung entscheidend ist, bleibt instabil. Erst im August 2020 wurde Präsident Ibrahim Boubacar Keita durch einen Militärputsch gestürzt. Die neue Übergangsregierung gibt zwar wieder Hoffnung auf Frieden, doch jahrelange Konflikte und Gewalt in den zentralen und nördlichen Regionen des Landes haben Tausende von Menschen vertrieben. In den ländlichen Gebieten des Südens, wo die Bevölkerungsdichte am höchsten ist, leben neun von zehn Menschen unterhalb der Armutsgrenze.

49 Millionen Menschen fehlt es an ausreichend Nahrung

Fast zwei Drittel der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft. Da Ackerbau und Viehwirtschaft durch Wetterextreme und COVID-19-Beschränkungen nur begrenzt betrieben werden können, stieg die Zahl der Menschen, die Nothilfe benötigen, zwischen Januar und August 2020 von 4,3 auf 6,8 Millionen. Mit anderen Worten: Jeder dritte Mensch in Mali benötigt humanitäre Hilfe, darunter 1,3 Millionen Menschen, die unter Nahrungsknappheit leiden.

Die Pandemie hat auch die Situation für Frauen und Kinder verschlechtert. Mali ist eines der Länder, in denen Frauen in großem Ausmaß Ungleichbehandlung erfahren. Im globalen Gleichstellungsindex stand Mali vor COVID-19 auf Platz 158 von 162. Grenzsicherungen behindern den regionalen Handel des Binnenlandes erheblich und schränken auch für Frauen die Möglichkeit ein, selbst Geld zu verdienen.

Die Pandemie verschlimmert auch die Situation der Kinder in der gesamten zentralen Sahelzone: In allen drei Ländern wurden Schulen geschlossen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Wenn Kinder nicht zur Schule gehen, sind sie einem größeren Risiko für Ausbeutung und Missbrauch ausgesetzt. Die UN in Mali verzeichnete im Jahr 2019 745 schwere

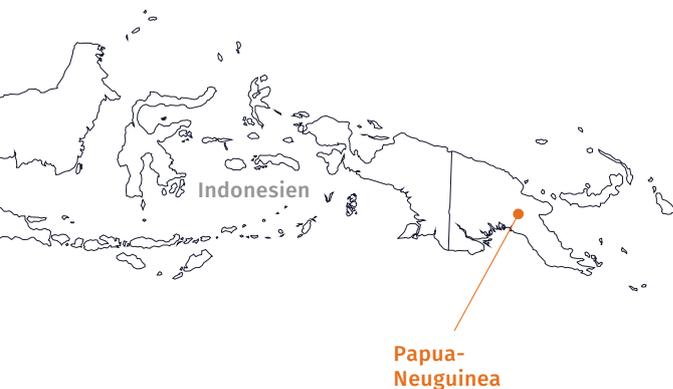
Verstöße gegen Minderjährige. Dazu gehörten Tötung, Verstümmelung, Vergewaltigung und andere sexualisierte Gewalt sowie die Rekrutierung durch bewaffnete Gruppen. Allein in den ersten drei Monaten des Jahres 2020 gab es insgesamt 228 solcher Übergriffe gegen Minderjährige. Die UN stellte auch einen starken Anstieg von gewaltsamen Vertreibungen fest, bei denen zwischen Januar und Mai 2020 mehr als 137.000 malische Kinder von ihren Familien getrennt wurden.

Seit der Eskalation der Ernährungskrise in der Sahelzone im Juni 2012 unterstützt CARE gemeinsam mit Partnern wie der malischen Hilfsorganisation YAGTU Menschen, die besonders unter Konflikten leiden und von Dürre und anderen Naturkatastrophen betroffen sind, mit Ernährungsprogrammen. Zwischen 2013 und 2019 erreichten die Wasser-, Hygiene- und Ernährungsprojekte von CARE über drei Millionen Menschen in den Regionen Koulikoro, Segou und Mopti. Die Zahl der unterentwickelten Kinder ist um 40 Prozent zurückgegangen und die Wahrscheinlichkeit, dass Familien sauberes Wasser trinken, ist um 43 Prozent gestiegen. Nicht zuletzt haben Frauen mehr Mitspracherecht: Sie sind dreimal häufiger an Entscheidungen über die Gesundheit ihrer Kinder und häusliche Ausgaben beteiligt.

1,3 Millionen Menschen
leiden Hunger

90% leben unterhalb
der Armutsgrenze





9

Papua-Neuguinea Den Widrigkeiten trotzen

Weniger als zehn Kilometer von den nördlichsten Inseln Australiens entfernt liegt Papua-Neuguinea (PNG). Hier leben über 1.000 verschiedene ethnische Gruppen und die Bevölkerung spricht mehr als 800 Sprachen. Im krassen Gegensatz zu seinem Nachbarn ist PNG jedoch eines der am wenigsten urbanisierten Länder der Welt, mit der niedrigsten Lebenserwartung in der Pazifikregion. Der Inselstaat verfügt über eine große biologische Vielfalt und zahlreiche Tierarten, wird aber auch von Vulkanausbrüchen, Erdbeben und Tsunamis heimgesucht. Im Jahr 2020 waren seine Einwohner zusätzlich zu den Folgen der globalen Pandemie mit Überschwemmungen, Erdbeben und kleineren Erdbeben konfrontiert. Wegen des rauen Territoriums, das den Ausbau einer Infrastruktur und damit den Transport erschwert, hat das Land bis heute mit Entwicklungsdefiziten zu kämpfen. Die mehr als acht Millionen Menschen leben weitgehend ländlich und stark zerstreut. Sie verteilen sich auf das Hochland und über 600 verschiedene Inseln und Atolle.

Die UN schätzt, dass im Jahr 2020 etwa 4,6 Millionen Menschen, mehr als die Hälfte der Bevölkerung, humanitäre Hilfe benötigen. Nur 46 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu sauberem Trinkwasser. In einigen Teilen des Landes leiden die Menschen unter Mangelernährung, da auf ihrem Speiseplan wichtige Nährstoffe fehlen. Sowohl Wasser als auch eine gesunde Ernährung sind entscheidende Voraussetzungen, um Krankheiten wie COVID-19 vorzubeugen.

Bereits vor COVID-19 war das Gesundheitssystem von PNG überlastet. Im Juli 2020 startete das Port Moresby General Hospital – das größte des Landes – einen Spendenaufruf zur Unterstützung mit Gesichtsmasken, Handschuhen, Handdesinfek-

tionsmitteln und sogar Decken und Waschmittel. Die Behörden sind besorgt, dass COVID-19 das Gesundheitssystem weiter schwächen und die Bemühungen zur Bekämpfung endemischer Krankheiten wie Tuberkulose, HIV/AIDS, Malaria und Polio, die 2018 erneut auftraten, zunichtemachen könnte.

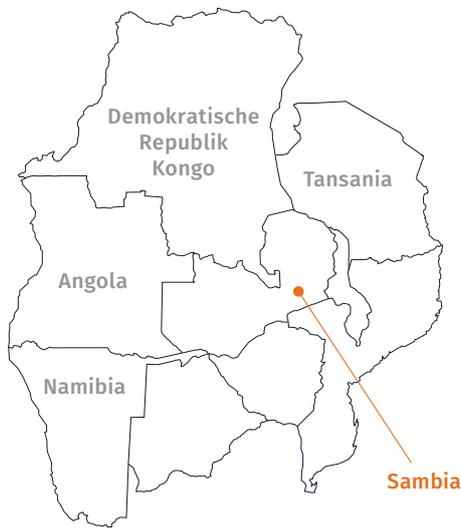
Die Bevölkerung von PNG ist auch stark von Unterernährung betroffen. Bereits vor der globalen Pandemie war fast jedes zweite Kind nicht altersgemäß entwickelt. Schätzungen zufolge werden rund eine halbe Million Kinder nie ihr volles Wachstumspotenzial ausschöpfen können. In einem Land, in dem die Mehrheit der Bevölkerung von Subsistenzlandwirtschaft lebt, wurde die Mangelernährung bei Kindern und Erwachsenen durch die Schließung lokaler Märkte zwischen März und Juni 2020 weiter verschärft. Die Wirtschaft von PNG wird von der Rohstoffindustrie und Agrarrohstoffen, der Fischerei und Forstwirtschaft angetrieben. Durch die COVID-19-Beschränkungen und die geringere Nachfrage nach Rohstoffen wurde die Wirtschaft erheblich geschwächt. Die Menschen in PNG kämpfen deshalb mit einer höheren Inflationsrate und gestiegenen Preisen für Güter des täglichen Bedarfs.

In der Bevölkerung sind die Frauen am stärksten betroffen. Auf den Märkten arbeiten größtenteils Frauen. Viele haben ihr Einkommen verloren, damit sinkt ihr Einfluss in der Familie. Gleichzeitig sind sie einem größeren Risiko von Gewalt ausgesetzt. Weltweit hat PNG eine der höchsten Raten sexualisierter und physischer Gewalt gegen Frauen. Fast zwei von drei Frauen in Papua-Neuguinea geben an, schon einmal eine Form von Gewalt erlitten zu haben. Insgesamt sind Frauen in PNG weniger gebildet und verfügen über einen beschränkten Zugang zu formeller Beschäftigung und grundlegender Versorgung. Im Jahr 2019 lag PNG deshalb auf dem vorletzten Platz im Gender-Ungleichheits-Index der UN. Die Regierung hat jedoch eine nationale Strategie zur Prävention von und Reaktion auf geschlechtsspezifische Gewalt entworfen und implementiert.

Alle Programme von CARE Papua-Neuguinea konzentrieren sich darauf, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und Frauen dabei zu unterstützen, positive Veränderungen für ihr Leben zu schaffen. Wir bilden Gesundheitspersonal aus, stärken den Dienstleistungssektor und verbessern die Infrastruktur von Gesundheitszentren in abgelegenen Regionen. CARE arbeitet auch mit der Regierung, Gemeinden und Lehrkräften daran, mehr Mädchen in die Schule zu schicken.

Nur 46%

der Bevölkerung hat Zugang
zu sauberem Trinkwasser



Sambia 10 Extremwetter verursacht Hunger

Im südlichen Afrika liegt Sambia – ein großes, friedliches Land, das für seine Kupferminen und landschaftliche Schönheit bekannt ist. Gleichzeitig gehört Sambia aber auch zu jenen Ländern, die die Hauptlast der globalen Klimakrise tragen. Insgesamt 10,1 Millionen Menschen, das sind etwa 56 Prozent der sambischen Bevölkerung, benötigen aufgrund von Dürren und Überschwemmungen humanitäre Hilfe.

Seit 1960 sind die Temperaturen in Sambia um etwa 1,3°C gestiegen, gleichzeitig ist die jährliche Niederschlagsmenge um durchschnittlich 2,3 Prozent pro Jahrzehnt zurückgegangen. Wiederkehrende Dürreperioden drohen die berühmten Victoriafälle auszutrocknen und der Wasserstand des Kariiba-Sees – des größten künstlichen Sees weltweit und Sambias wichtigster Wasserkraftquelle – ist in nur drei Jahren um sechs Meter gesunken.

Während sich häufige Stromausfälle negativ auf den Produktionssektor in Sambia auswirkten, waren die Folgen der Dürre besonders verheerend für den Agrarsektor. Das Land ist seit langem ein großer Maisproduzent für das südliche Afrika. In diesem Jahr sah sich die sambische Regierung jedoch gezwungen, alle Getreideexporte zu verbieten, während das Nachbarland Namibia den Ausnahmezustand ausrief.

Die Bevölkerung ist von akutem Hunger und Unterernährung bedroht. Im Juli 2020 benötigten 2,6 Millionen Menschen dringend Nahrungsmittelhilfe. Aufeinanderfolgende Dürreperioden, Heuschreckenplagen und Überschwemmungen führten dazu, dass landwirtschaftliche Erträge ausblieben. Gleichzeitig hatten die Menschen mit dem Ausbruch von Viehseuchen zu kämpfen und mussten auch wegen der Bewegungseinschränkungen

durch COVID-19 wirtschaftliche Einbußen hinnehmen. Zusätzlich kämpft Sambia aktuell auch gegen eine Heuschreckeninvasion, durch die rund 90.000 Haushalte dringend humanitäre Hilfe benötigen. Ein einziger Heuschreckenschwarm – und es schwirren bereits mehrere Heuschreckenschwärme über der südlichen Region des Landes – kann an einem Tag so viel Nahrung aufnehmen wie 2.500 Menschen.

Die Störung der globalen Rohstoffmärkte durch COVID-19 hat auch den Preis für Kupfer, dessen Hauptproduzent Sambia ist, gedrückt. Die Weltbank erwartet, dass die sambische Wirtschaft im Jahr 2020 um etwa 4,5 Prozent schrumpfen wird. Derzeit leben etwa 70 Prozent der Stadtbewohner dichtgedrängt in informellen Siedlungen mit schlechter Wasserinfrastruktur. Laut einer Bevölkerungs- und Gesundheitsumfrage hatten nur 33 Prozent der Menschen Zugang zu grundlegenden sanitären Diensten. Im Falle eines drastischen Anstiegs der COVID-19-Fälle in Sambia wären Schwangere und stillende Mütter besonders gefährdet, da das Land mit durchschnittlich 2.062 Geburten pro Tag die höchste Geburtenrate Afrikas aufweist. Gleichzeitig weist das Land im globalen Vergleich auch eine der höchsten Raten für Frühhehen und Teenagerschwangerschaften auf.

CARE verfolgt bei der Überbrückung von Dürreperioden und der Stärkung der Widerstandsfähigkeit einen geschlechtersensiblen Ansatz. So wird sichergestellt, dass am stärksten gefährdete Gruppen wie Frauen und Mädchen unterstützt werden. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit Frauen bei der Gründung von Kleinspargruppen. Außerdem repariert CARE sanitäre Einrichtungen und stellt Hygieneartikel für Frauen und Mädchen bereit. Rund 130.000 Menschen erreichte CARE mit Ernährungsprogrammen. Außerdem versorgte CARE Frauen, Männer und Kinder mit Nahrungsmitteln, Wasser, Hygieneprodukten sowie anderen Nothilfemaßnahmen.

Über 10

Millionen Menschen benötigen humanitäre Unterstützung

2,6

Millionen Menschen brauchen Lebensmittelhilfe

33%

haben Zugang zu Sanitäranlagen



Von der Bildung bis hin zu einer ausgewogenen Ernährung: Der 48-jährige Sambier Stephen Chilufya und seine Frau entscheiden gemeinsam, was für ihre Familie am besten funktioniert. „Wir haben eine Toilette und ein Waschbecken zum Händewaschen installiert und kochen Rezepte von Kochvideos nach. Unsere Kinder sind gesünder und besser in der Schule, weil wir beide für unsere Familie sorgen.“



Wie man in einer globalen Pandemie **vergessene** Krisen beleuchtet

COVID-19 breitet sich in einer Welt aus, in der humanitäre Not bereits überall zu sehen ist und weiter zunimmt. Schon vor dem Ausbruch des Virus waren über eine Milliarde Menschen von Konflikten, Vertreibungen und der Klimakrise betroffen.

Die aktuelle Pandemie verschärft diese Herausforderungen. Während sich COVID-19 weiter ausbreitet, konzentrieren sich die Regierungen und Institutionen, die traditionell die internationale humanitäre Hilfe unterstützen, auf die Gesundheit ihrer eigenen Bürgerinnen und Bürger sowie ihrer angeschlagenen Volkswirtschaften. Angesichts dieses Trends werden humanitäre Gelder wahrscheinlich knapper werden.

Was können wir also in Zeiten von COVID-19 tun, um auf andere schwere humanitäre Krisen aufmerksam zu machen, die Millionen Menschen auf der ganzen Welt betreffen? Viele Menschen und Organisationen in den genannten Ländern tun alles, um Leid zu lindern, aber sie können es nicht allein tun. Wenn es uns als internationaler Gemeinschaft nicht gelingt, diesen gefährdeten Ländern zu helfen, sind wir alle in Gefahr. Ohne Solidarität gehen wir alle als Verlierer aus dieser Krise hervor.

Wie überwinden wir die mediale Stille? Wir bieten keine magische Lösung an, sondern vielmehr eine Vielzahl von Möglichkeiten, mit denen wir beginnen können. Nichts zu tun, ist keine Option. Wichtig ist, dass wir weiterhin auf Leid aufmerksam machen, wo immer es in der Welt geschieht.

Hier sind einige der Möglichkeiten:

Zehn Dinge, die wir tun können

1. Regierungen müssen Medien Zugang gewähren

Seit dem Ausbruch von COVID-19 kämpfen Journalistinnen und Journalisten gegen innenpolitische Agenden und Fehlinformation. Sie stehen in der Krise an vorderster Front. Medien informieren und sensibilisieren die Öffentlichkeit, gleichzeitig tragen sie dazu bei, Massenpanik zu verhindern. Im Kampf gegen die Pandemie sind genaue Informationen entscheidend. Regierungen können ihre wichtige Arbeit erleichtern, indem sie die Qualität ihrer Daten verbessern und den Zugang zu Informationen gewähren. Dies bedeutet in vielen Ländern auch, Zensur und Einschüchterung zu verbieten – sowohl online als auch offline. Vor allem aber bedeutet es, das Leben von Medienschaffenden zu schützen. Zwischen 2006 und 2019 wurden weltweit fast 1.200 Journalisten getötet, viele weitere wurden verletzt, gefoltert, entführt, illegal festgehalten, eingeschüchtert oder schikaniert, weil sie ihre Arbeit taten. In neun von zehn Mordfällen kamen die Mörder ungestraft davon. Ein freier Informationsfluss ist für Demokratien unbedingt notwendig, in Krisenzeiten ist er umso wichtiger. Dass Verbrechen gegen Reporterinnen und Reporter ohne Strafe bleiben, muss aufhören.

2. Internationale Geber müssen Nothilfe ausreichend finanzieren

Laut UN OCHA benötigen im Jahr 2021 weltweit über 235,4 Millionen Menschen lebensrettende Hilfe. Um die Not der am stärksten Betroffenen zu lindern, werden knapp 29 Milliarden Euro benötigt. Dieser riesige globale Bedarf kommt zu einem Zeitpunkt, an dem Geldgeber wirtschaftliche Rettungspakete und Sicherheitsnetze in ihren eigenen Ländern finanzieren und gleichzeitig den Zugang zu Impfstoffen sicherstellen müssen. 2021 wird eine Bewährungsprobe für die Geldgeber darstellen, die zwischen innenpolitischen Herausforderungen und globaler Solidarität hin- und hergerissen sein werden. Im Geiste des Multilateralismus fordern wir die institutionellen Geber nachdrücklich dazu auf, ihr Engagement für humanitäre Hilfe aufrechtzuerhalten und, wo möglich, zu verstärken. Die internationalen Finanzinstitutionen sollten Schulden streichen und die Regierungen der Empfängerländer von Hilfgeldern in die Pflicht nehmen, finanzielle Mittel für die Notlinderung und Basisdienstleistungen einzusetzen, einschließlich des freien und gleichberechtigten Zugangs zu einem COVID-19-Impfstoff für alle.

3. In Medienarbeit investieren

Wir befinden uns mitten in einer globalen Krise, doch immer wieder tauchen neue Krisen auf. Manche Krisen werden chronisch. Die meisten Hilfsorganisationen arbeiten mit Medien zusammen, um zu verstehen, wie redaktionelle Entscheidun-

gen getroffen werden und wie neue Berichte über Krisen auf die Tagesordnung gesetzt werden können. Hilfsorganisationen können Medienschaffende auch weiterhin unterstützen, indem sie qualitativ hochwertige Recherchen, Einblicke und Hintergrundinformationen zur Verfügung stellen, um weniger bekannte, aber wichtige Themen ins Rampenlicht zu rücken. Eine nachhaltige Zusammenarbeit mit Medien kommt auch zustande, wenn Hilfsorganisationen sich als vertrauenswürdige Quelle für Kontakte und Inhalte etablieren, wenn sie Recherchen unterstützen und strukturelle Ursachen verstehen helfen. Dafür sind genaue und vertrauenswürdige Quellen sowie Kontakte zu guten Übersetzerinnen, Fotografen und Expertinnen unerlässlich.

4. Lokale Partner in den Vordergrund stellen

Wir müssen weiterhin dem Irrglauben entgegenwirken, dass Gemeinschaften ‚hilflos‘ seien. Dazu gehört es, ihre Erfolge zu zeigen. Internationale Organisationen können ihre lokalen Partner etwa durch die Weiterentwicklung ihrer Medien- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen, von der Vorbereitung und Verbreitung von Kommunikationsmaterialien über die effiziente Nutzung von sozialen Medien für ihre Anliegen bis hin zum Kontakt mit Medienhäusern außerhalb ihrer Länder. Wichtig sind dabei auch angemessene Kommunikationsbudgets in Projektanträgen, die für lokale Fotografinnen und Reporter aufgewendet werden.

5. In Bürgerjournalismus investieren

Durch die COVID-19-Reisebeschränkungen sind digitale Lösungen einmal mehr zu einem überaus wichtigen Instrument der Medienberichterstattung geworden. Der Zugang zu Quellen ist günstiger, schneller und sicherer. Noch wichtiger ist, dass Menschen in Krisengebieten durch digitale Technologien sowohl humanitäre Helfer als auch die Medien über ihre Lage informieren können. Hilfsorganisationen können diese neuen Entwicklungen unterstützen, indem sie verschiedene Bevölkerungsgruppen – insbesondere Frauen, Mädchen und andere marginalisierten Gruppen – ermutigen, aus ihrer eigenen Perspektive zu erzählen. Die Unterstützung kann beispielsweise in Form der Bereitstellung von Telefonen oder Geld für mobile Daten, Schulungen im journalistischen Schreiben aus einer Gender-Perspektive oder einer engeren Verknüpfung von Bürgerjournalistinnen mit etablierten Medien erfolgen. Die Berichterstattung über Konflikte oder Katastrophen ist oft gefährlich. Deshalb ist es wichtig, dass Hilfsorganisationen bei Partnerschaften mit lokalen Medienschaffenden den sogenannten ‚Do-No-Harm‘-Ansatz wählen. Hier geht es darum, in Konflikten sensibel vorzugehen und Risiken regelmäßig

abzuwägen. Regierungen, Geber und der Privatsektor können helfen, indem sie dafür sorgen, dass geschlechtsspezifische Unterschiede bei der digitalen Kompetenz beseitigt werden. Auch die Medien selbst können ihren Einfluss geltend machen, indem sie unterschiedlichen Stimmen regelmäßig eine Plattform bieten.

6. Zivilgesellschaft und freie Medien schützen

In Krisenzeiten sind der Zugang zu verlässlichen Informationen und die Meinungsfreiheit von größter Bedeutung. Der Ausbruch von COVID-19 ging jedoch auch mit der Verbreitung von Fehlinformationen über das Virus einher. Anstatt die Situation zu entschärfen, haben Notfallmaßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit einiger Regierungen die Freiheit der Medien beschränkt und den Spielraum für die Zivilgesellschaft verkleinert. Einige Länder haben zu unangemessenen, repressiven Gesetzen gegriffen, die leider dazu führten, dass grundlegende Menschenrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt wurden. Die Medienfreiheit ist durch das internationale Menschenrechtsgesetz geschützt, und Geber sowie die Zivilgesellschaft sollten die Regierungen weiterhin drängen, dafür zu sorgen, dass dieses Recht und andere Grundfreiheiten nicht Opfer der Pandemie werden. Statt mit Zensur und strafrechtlichen Sanktionen gegen Fehlinformationen über COVID-19 vorzugehen, sollten Regierungen Ansätze verfolgen, bei denen Transparenz und Medienfreiheit im Vordergrund stehen.

7. Bekannte Narrative durchbrechen

Angesichts der schrecklichen Zeiten, in denen wir uns befinden, schalten die Menschen bei Nachrichten ab, die vor allem Negatives berichten. Sie suchen nach Berichten, die Hoffnung geben. Selbst in den größten Krisen gibt es gute Nachrichten. Wir können viel von der Widerstandsfähigkeit und Stärke von Gemeinschaften lernen, die sich Konflikten, Armut und Krankheiten entgegenstellen. Die internationalen Medien können die Pandemie als Gelegenheit nutzen, das vorherrschende Narrativ zu verändern und den Stimmen derer Gehör verschaffen, die oft schweigen. Es ist wichtig, lokale Medien zu finden, die ihren Blick bewusst auf Frauen, Mädchen und Gruppen richten, die häufig marginalisiert werden.

8. Qualitätsjournalismus entlohnen

Viele Länder richten den Blick zunehmend nach innen, deshalb konzentrieren sich auch Medien verstärkt auf die Inlandsberichterstattung. Internationale Nachrichten fallen öfter unter

den Tisch. Mehr Menschen als je zuvor verfügen über Zugang zu Inhalten und Medien, doch auch Hass, Frauenfeindlichkeit und ‚Fake News‘ haben sich weit verbreitet. Gleichzeitig gibt es ausgezeichnete, meist digitale journalistische Projekte, die eine kritische Berichterstattung über Themen liefern, die kaum Schlagzeilen machen. Erwerben Sie kostenpflichtige Abonnements für diese Dienste, spenden Sie, teilen Sie Beiträge über soziale Medien und engagieren Sie sich.

9. Über den Hashtag hinausgehen

Influencerinnen, lokale Aktivistinnen und Bürgerjournalisten haben über soziale Medien eine breite Plattform, um Informationen aus Krisenregionen zu liefern. Über soziale Medien kann schnell globale Aufmerksamkeit geschaffen werden. Seit Beginn der Pandemie erlebt der ‚Social-Media-Aktivismus‘ einen neuen Höhepunkt, vor allem, weil er es dem Einzelnen ermöglicht, sich auch von zu Hause aus für seine Anliegen einzusetzen. Über soziale Medien kann auch Kontakt mit Menschen in Krisenländern aufgenommen werden – anstatt bloß über sie zu berichten, können sie selbst zu Wort kommen. Doch diese Möglichkeit bleibt häufig ungenutzt.

10. Frauen mehr Raum geben

Die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen und Mädchen sollten in der humanitären Hilfe und der Kommunikation von Hilfsorganisationen im Vordergrund stehen. Wenn die Pandemie etwas deutlich gemacht hat, dann ist es die völlige Abhängigkeit der Gesellschaft von Frauen, die die Last der Pflege zu Hause und in vielen Fällen auch im Beruf getragen haben. Sie sind es, die in Krisenzeiten unverhältnismäßig stark betroffen und benachteiligt sind. Das liegt daran, dass Konflikte und Notlagen die bereits bestehenden Ungleichheiten in praktisch allen Lebensbereichen verstärken – von der Gesundheit bis zur Wirtschaft. Sie schwälern auch die hart erkämpften Errungenschaften für die Rechte der Frauen. Aktuell hat COVID-19 nicht nur negative soziale und wirtschaftliche Auswirkungen auf Frauen und Mädchen, sondern auch eine weltweite Schattenpandemie geschlechtsspezifischer Gewalt ausgelöst. Nach Angaben der UN hat die Gewalt gegen Frauen seit dem Ausbruch von COVID-19 in einigen Ländern um 40 Prozent zugenommen. Jede humanitäre Hilfe sollte daher nicht nur auf die Behebung systemischer Ungleichheiten abzielen, sondern auch auf den Aufbau einer gerechteren und widerstandsfähigeren Welt. Damit dies geschehen kann, müssen Frauen im Mittelpunkt des Wiederaufbaus stehen und dabei bestmöglich unterstützt werden. Während im Journalismus der Druck zunimmt, sind Frauen im Beruf mit zusätzlichen Barrieren und Risiken konfrontiert. Wenn Medien ein Spiegel der Gesellschaft sein sollen, dann müssen Frauen in der Berichterstattung und den Redaktionen fair vertreten sein.

Unwrite the Silence

Mit dem Bericht *Suffering in Silence* ruft CARE zu mehr medialer Aufmerksamkeit und zu einer Berichterstattung auf, die ihren Blick neu ausrichtet. Aber wie wird das erreicht? Welche Hindernisse müssen Medienschaffende überwinden? Was ist der Lohn für ihre Arbeit? Wir haben Journalistinnen und Journalisten aus verschiedenen Ländern gebeten, uns von ihrer Arbeit zu erzählen. Wir haben Fachleute ausgewählt, die sich kontinuierlich für Themen und Regionen engagieren, die normalerweise nicht in den Schlagzeilen stehen. Die Geschichten stehen nicht zwangsläufig mit Projekten von CARE in Verbindung. Dieses Kapitel ist schlicht ein Aufruf, das Schweigen zu beenden. Wir hoffen, dass wir Journalistinnen und Journalisten weltweit dazu anregen können, mehr über bislang vergessene Krisen zu berichten.

Kalolaine Uechtriz Fainu Papua-Neuguinea



Wie finden Sie Ihre Geschichten?

In den letzten 12 Monaten bin ich in der Provinz Ost-Neubritannien in Papua-Neuguinea hin und her gereist. Irgendwann war ich auf der abgelegenen Insel, als das Land abgeriegelt wurde und kein Flugverkehr mehr stattfand. Ich laufe oft mit einer Kamera herum und drehe kurze Videoinhalte für Blogs oder soziale Medien. Ich muss mich in eine Geschichte hinein fühlen, um sie zum Leben zu erwecken. Es gefällt mir, mit Menschen in Kontakt zu treten, in Dörfer zu gehen und Fragen zu stellen oder neue Ecken der Insel zu erkunden. Wenn sich auf dem Weg eine Geschichte ergibt, dann dann verfolge ich sie. Durch meine Recherchen vor Ort fand ich viele spannende Geschichten, die etwa die britische Zeitung *The Guardian* aufgenommen hat.

Auf welche Herausforderungen stoßen Sie während Ihrer Recherchen?

Sich von einem Ort zum anderen zu bewegen, war eine Herausforderung. Hierbei hilft es, gute Verbindungen innerhalb der Gemeinschaft zu haben. Normalerweise werde ich von einem Guide begleitet, der mich in verschiedene Dörfer führt und mir die Menschen vorstellt. In PNG ist die Kommunikation immer schwierig: Um mit den Leuten in Kontakt zu kommen, muss man manchmal in ein Dorf fahren und einen lokalen

Ladenbesitzer fragen, ob er die Person kennt, mit der man sprechen möchte. Dann erhält man oft recht vage Beschreibungen, etwa „am großen Mangobaum links abbiegen...“. Wenn man dann dort ankommt, stehen dort viele Mangobäume. Aber diese Momente sind der aufregende Teil meiner Arbeit, und oft führen diese Umwege dazu, dass man etwas entdeckt, von dem man nicht wusste, dass man es suchte.

Welche Rückmeldungen erhalten Sie zu Ihren Geschichten?

Die erste COVID-19-bezogene Geschichte, die ich geschrieben habe, war aus der Perspektive einer Krankenschwester erzählt, die die alltäglichen Herausforderungen des Gesundheitspersonals teilte, noch bevor das Virus auftrat. Ihre Geschichte war ehrlich und sprach über den schrecklichen Zustand des Gesundheitssystems in einer Provinz. Die Resonanz bei Facebook war ziemlich erschütternd: Einige Papua-Neuguineer empfanden die Geschichte als beleidigend. Sie dachten, es sei meine eigene Meinung und nicht die Erfahrungen einer Krankenschwester. Andere bedrohten mich sogar. Aber es war ermutigend, unterstützende Kommentare zu lesen, in denen es hieß, dass die Geschichte auf alle Kliniken im Land zutrifft.

Wie arbeiten Sie unter den Einschränkungen von COVID-19?

Die Pandemie hat sich in gewisser Hinsicht als sehr vorteilhaft erwiesen. Ich bin von vielen internationalen Organisationen und Medien kontaktiert worden, da

ihre eigenen Mitarbeitenden nicht reisen können. Was die Arbeit vor Ort betrifft, so hatte ich das Glück, mich frei bewegen zu können und Zugang zu den meisten Themen zu haben, über die ich recherchiere. Wenn man mit den richtigen Leuten in Kontakt kommt, findet man immer einen Weg. Dank neuer Technologien war es mir möglich, virtuell mit Menschen in Kontakt zu treten und sie zu interviewen.

Haben Sie einen Tipp für die humanitäre Berichterstattung?

Es lohnt sich, sich zu vernetzen und mit so vielen Menschen wie möglich in Kontakt zu treten. Die Vernetzung öffnet die Türen. Verbringen Sie zunächst Zeit mit den Menschen, lassen sie sich mit Ihrer Person vertraut machen, bevor Sie mit einer Kamera hereinplatzen und anfangen, Fragen zu stellen. Die meisten Menschen möchten ihre Geschichte erzählen, aber sie möchten Ihnen zuerst vertrauen.

Web: <https://www.achildofoceania.com/media>

Twitter: @_diamontaro

Onardine Omar Mosambik



Auf welche Herausforderungen stoßen Sie in der Berichterstattung?

Im Jahr 2019 habe ich einen Bericht über Zyklon Idai geschrieben und mich mit dem Problem der Spenden befasst, die bedürftige Familien in der Stadt Beira nicht erreichten. Die Herausforderungen, auf die ich gestoßen bin, waren enorm. Ich reiste in überflutete Gebiete und besuchte Häuser, deren Decken jederzeit einstürzen konnten. Es fiel mir schwer, mit den Emotionen der Überlebenden umzugehen, denen Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs fehlten. Oft bewege ich mich auf einem schmalen Grat zwischen Journalismus und Aktivismus.

Welche Reaktionen haben Sie auf diese Geschichte erhalten?

Das Feedback war positiv, da die Publikation vielen Familien geholfen hat, die keine Unterstützung erhalten hatten. Als Journalist freue ich mich zu sehen, dass ein aufgedecktes Problem in einem Artikel bei denjenigen für mehr Gerechtigkeit sorgt, die gewöhnlich am Rande der Gesellschaft leben. Aber Themen können auch poli-

tischen Druck und Verfolgung mit sich bringen. Obwohl Menschen leiden, ziehen einige es vor, die Wahrheit zu verbergen. Diese Reise nach Beira war meine erste als Mitarbeiter des Medienunternehmens Carta de Moçambique. Seither bin ich gebeten worden, über viele weitere Geschichten zu berichten.

Wie hat sich Ihre Berichterstattung aufgrund von COVID-19 verändert?

Als die Pandemie ausbrach, wurde ich mehrmals von Regierungsbehörden verbal angegriffen, weil ich die dramatischen Lebensumstände von Familien innerhalb und außerhalb Mosambiks aufgezeigt hatte. Am 25. Juni wurde ich verhaftet und zu Unrecht verurteilt, weil ich über Erpressung und Bestechung durch die Polizei in Maputo berichtet hatte. Meine Verhaftung deutet darauf hin, dass die Regierung die Pandemie nutzt, um Menschen oder lästige Journalisten zu verfolgen. Zurzeit recherchiere ich weitere Fälle, obwohl ich mit Reisebeschränkungen und mangelnden finanziellen Mitteln aufgrund der Pandemie kämpfe. Um ehrlich zu sein, unsere Einnahmen als Zeitung sind dramatisch gesunken, obwohl wir mehr arbeiten als früher.

Web: www.cartamz.com

Twitter: @OmarRajua

Sam Mednick Burkina Faso



Wie finden Sie normalerweise Ihre Geschichten?

Seit mehreren Jahren bin ich in Ländern stationiert, die schwere humanitäre Krisen erleben. Das hat es mir ermöglicht, eingehender über die treibenden Faktoren zu berichten, die zu diesen Krisen beitragen. Ich versuche, jede Gelegenheit zu nutzen, das Land zu bereisen und mit so vielen Menschen wie möglich zu sprechen, um den Geschichten mehr Nuancen und Kontext zu geben. Das hilft mir auch, wichtige Geschichten zu finden, über die oft zu wenig berichtet wird.

Auf welche Herausforderungen stoßen Sie bei Ihrer Recherche?

Für die Serie She Said von The New Humanitarian habe ich kürzlich eine Geschichte über syrische Flüchtlingsfrauen recherchiert, die inmitten von COVID-19 gegen Misshandlungen kämpfen. Anfangs war es schwierig, Frauen zu finden, die bereit waren, am Telefon offen über ihre schrecklichen Erfahrungen zu sprechen. Über

geschlechtsspezifische Gewalt zu berichten, ist etwas, das mit Sensibilität und Respekt geschehen muss. Und es ist schwierig, aus der Ferne Vertrauen zu Menschen aufzubauen.

Haben Sie einen Tipp für andere Journalistinnen?

Stellen Sie die Geschichten der Menschen in den Mittelpunkt der Berichterstattung. Es ist schwierig, Menschen dazu zu bringen, sich für Orte zu interessieren, an denen sie noch nie gewesen sind, und für Zusammenhänge zu gewinnen, die nicht leicht zu verstehen sind. Aber es ist für die Menschen einfacher, eine Verbindung herzustellen, wenn sie die individuelle Erfahrung eines Menschen auf ihre eigene beziehen können. Nehmen Sie auch nie an, dass Medien nicht an einer Geschichte interessiert sind, nur weil über eine Krise nicht ausführlich (oder überhaupt nicht) berichtet wird. Vernachlässigte Krisen werden noch mehr vernachlässigt, wenn Menschen denken, dass sie es nicht wert sind, darüber zu berichten.

Web: <http://sammednick.com>

Twitter: @sammednick

Gunther Lichtenhofer Österreich



Wie finden Sie normalerweise Geschichten über vergessene Krisen?

Viele meiner Informationen erhalte ich von Hilfsorganisationen. Sie sind oft die einzigen, die in Krisenregionen arbeiten und sowohl mit der Zivilbevölkerung als auch mit den Behörden in Kontakt stehen. Es ist immer hilfreich, schon einmal in einer Region gewesen zu sein, da dies den direkten Kontakt mit den Einheimischen ermöglicht und ein vollständigeres Bild vermittelt.

Mit welchen Herausforderungen sehen Sie sich während Ihrer Arbeit konfrontiert?

Die größte Herausforderung ist die Sammlung valider Informationen. Das wird sehr viel schwieriger, wenn keine Hilfsorganisation mehr vor Ort tätig ist. Manchmal ist es auch schwierig, die lokalen Quellen zu beurteilen, da wir ihre Absichten und ihren Hintergrund nicht kennen.

Erhalten Sie Feedback zu Ihren Geschichten?

Die meisten Rückmeldungen erhalte ich von meinen

Quellen. Manchmal bitte ich Journalistenkollegen, meine Geschichten Korrektur zu lesen. Und dann bekomme ich natürlich ein Feedback, sobald die Geschichte veröffentlicht ist. Aber im Allgemeinen finde ich, dass es angesichts der Bedeutung dieser Themen viel zu wenig Feedback gibt.

Wie beeinflusst COVID-19 Ihre Arbeit?

Eine Geschichte muss von extremer Relevanz sein, um im Medienkreislauf durchzukommen. Alles konzentriert sich auf die Pandemie, jede Geschichte muss zumindest in irgendeiner Weise mit ihr in Verbindung stehen. Dadurch entsteht jedoch ein Teufelskreis: Nehmen Sie zum Beispiel Afrika. Der Kontinent weist keine großen Infektionszahlen auf und erhält deshalb weniger Berichterstattung. Aber dafür gibt es Gründe, und diese sollten abgedeckt werden: begrenzte Testkapazitäten, schwache Gesundheitssysteme, 'größere' Themen wie Konflikte. Berichterstattung in Zeiten einer Pandemie: Ich fahre mit der Berichterstattung fort, wie ich es früher getan habe. Aber es wird schwieriger, da meine Zeit oft für andere Themen benötigt wird.

Web: <https://apa.at/>

Neha Wadekar Kenia



Wie finden Sie normalerweise humanitäre Geschichten?

Seit ich vor mehr als vier Jahren anfang, in Ostafrika zu arbeiten, habe ich ein Netzwerk von Quellen und Kontakten aufgebaut, das von Mitarbeitenden verschiedener Hilfsorganisationen über Regierungsbeamte bis hin zu Menschen vor Ort reicht. Oft kommen meine Ideen für Geschichten an Plätzen, wo man es am wenigsten erwarten würde – etwa bei einer Uber-Fahrt durch die Stadt oder einem Gespräch in einem Café. Ich nehme mir auch Zeit, um Berichte, Pressekonferenzen und Berichterstattung von anderen in der Region tätigen Reporterinnen und Reportern zu lesen. Diese können wichtige Informations- und Inspirationsquellen sein.

Welchen Herausforderungen begegnen Sie?

Eine der größten Herausforderungen bei der Berichterstattung über humanitäre Geschichten aus Ostafrika ist die Finanzierung und Unterstützung durch Stipendien und Veröffentlichungen. Es kann schwierig sein, einen

Gesunde Mutter, gesundes Baby: Die Frauen und Männer im Dorf Mpepo in Sambia verbessern ihre Lebensqualität, indem sie mehr über die Ernährungsbedürfnisse ihrer Kinder lernen, eine abwechslungsreiche Ernährung einführen und ihre Essgewohnheiten ändern.



in New York oder London sitzenden Geldgeber oder Redakteur davon zu überzeugen, dass eine bestimmte Krise, insbesondere wenn es um Frauen und ihre Rechte geht, das Geld, die Investition und den Platz wert ist.

Welche Reaktionen erhalten Sie für Ihre Berichterstattung?

Ich habe dieses Jahr Themen behandelt, die von der Schwangerschaft im Teenageralter über den Zugang zu Abtreibung bis hin zu Frühhehen und zur Genitalverstümmelung von Frauen reichen. Die Resonanz war überwältigend positiv. Die Menschen sind erleichtert und dankbar, dass diese wichtigen Geschichten endlich die Berichterstattung erhalten, die sie verdienen. Das lohnendste Feedback ist, wenn sich die Protagonistinnen selbst oder andere Menschen dafür bedanken, dass ich diese Erlebnisse auf humane und respektvolle Weise erzählt habe. Natürlich erhalte ich gelegentlich Feedback, das die Geschichten kritisiert, insbesondere, wenn sie kontroverse Themen wie Abtreibung ansprechen. Aber Kritik ist eher selten.

Wie hat sich COVID-19 auf Ihre Berichterstattung ausgewirkt?

Als die COVID-19-Infektionszahlen in Kenia stiegen, habe ich so viel recherchiert und berichtet, wie ich konnte, per Telefon, WhatsApp, Skype und Zoom. Ich wollte niemanden, insbesondere nicht meine am stärksten gefährdeten Protagonistinnen, dem Risiko einer Ansteckung mit dem Virus aussetzen. Als wir mehr über die Übertragung von COVID-19 erfuhren, begann ich wieder, im Land für Recherchen zu reisen. Aber ich gehe vorsichtig und sorgfältig vor, trage immer eine Maske, wasche meine Hände, wahre den Abstand und treffe alle Vorkehrungen, um mich, meine Quellen und mein Berichtsteam zu schützen.

Haben Sie einen Tipp für andere Journalisten, die über vergessene Krisen berichten möchten?

Ausdauer! Wenn Sie glauben, dass eine Geschichte es wert ist, erzählt zu werden, dann geben Sie nicht auf. Beantragen Sie Geld und verfolgen Sie Ihr Ziel. Schließlich werden Sie Menschen finden, die wie Sie daran glauben. Sie werden Ihnen helfen, diese wichtigen Themen ans Licht zu bringen.

Web: www.nehawadekar.com

Twitter: @NehaWadekar

Fritz Schaap **Südafrika**



Wie haben Sie die Hauptprotagonisten für Ihren Bericht über Mali gefunden?

Wir sind ursprünglich nach Mopti gereist, um über die Geschichte eines ehemaligen Kommandeurs einer dschihadistischen Miliz zu berichten, der nun versucht, Kämpfer von Milizen fernzuhalten und sie wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Mit gemischten Ergebnissen, muss man sagen. Offenbar plünderten die ehemaligen Kämpfer, die sich in seinen Lagern aufhielten, weiterhin die umliegenden Dörfer. Dieser Mann sollte den mali-schen Premierminister nach Ogossagou begleiten, einem Ort, an dem mindestens 31 Menschen brutal ermordet worden waren. Und es war leider nicht das erste Mal, dass die Stadt einem solchen Terror ausgesetzt war. Im Jahr 2019 wurden rund 160 Menschen in einem Massaker getötet, was zu einem massiven internationalen Aufschrei führte. Ein UN-Sonderberater warnte damals vor einer zunehmenden Ethnisierung des Konflikts. Letztlich führten mehrere Faktoren dazu, dass die ursprüngliche Geschichte nicht funktionierte, und wir beschlossen, unsere Berichterstattung ausschließlich auf Ogossagou zu konzentrieren. In Sevaré trafen wir dann mit den Führern der verschiedenen Gruppen zusammen.

Auf welche Herausforderungen sind Sie gestoßen?

Die größte Herausforderung in Zentralmali ist die Sicherheit. Die Situation in Sevaré eskalierte weiter, während wir dort waren. Es gab ständig Kämpfe zwischen verschiedenen Milizen und Dschihadisten. Militärfahrzeuge rasten nachts die Straßen entlang. Die Dschihadisten versuchen, einen Korridor durch Mali zu errichten, von Mauretanien bis hinunter nach Burkina Faso, um die nördliche Region vom Süden und der Hauptstadt Bamako zu trennen. In der Region Mopti existieren bereits zwei kleine ‚Kalifate‘, eines in Youwarou und eines in Tenenkou. Die Sicherheitslage in diesen Orten ist tendenziell etwas besser. Die Regierung beginnt, diese Region langsam zu verlieren.

Welche Rückmeldungen oder Reaktionen haben Sie für Ihre Geschichte erhalten?

Leider nur wenige, abgesehen von den üblichen anti-islamischen vulgären Bemerkungen.

Web: www.spiegel.de

Reportage: „Ja, unsere Feinde enthaupten wir“

Twitter: @FritzSchaap



Über CARE

CARE wurde 1945 in den USA gegründet, um Armut und Hunger in Europa mit über 100 Millionen CARE-Paketen® zu lindern. Allein in Österreich wurden damals eine Million CARE-Pakete® verteilt. Heute setzt sich CARE in 104 Ländern mit überwiegend einheimischem Personal für die Überwindung von Not, Armut und Ausgrenzung ein und beteiligt insbesondere Frauen und Mädchen. CARE hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen und hilft unabhängig von politischer Anschauung, religiösem Bekenntnis oder ethnischer Herkunft. CARE Österreich wird jedes Jahr streng kontrolliert und erhält seit 2002 das österreichische Spendengütesiegel. Im letzten Jahr hat CARE über 92,3 Millionen Menschen weltweit unterstützt.

Erfahren Sie mehr unter www.care.at



CARE Australia
www.care.org.au

CARE Germany
www.care.de

CARE Norway
www.care.no

CARE International UK
www.careinternational.org.uk

CARE Österreich
www.care.at

CARE India
www.careindia.org

CARE Peru
www.care.org.pe

CARE Canada
www.care.ca

CARE USA
www.care.org

CARE International Japan
www.careintjp.org

Raks Thai Foundation (CARE Thailand)
www.raksthai.org

CARE Denmark
www.care.dk

CARE France
www.carefrance.org

CARE Netherlands
www.carenederland.org

Text: **Zenab Bagha**, Fotos: **Karin Schermbrucker**
Projektteam: **Ninja Taprogge, Katharina Katzer, Marisa Tasser und Alexandra Zawadil**
Design and Layout: **Studio Mennicke**